DIE LINKE. / Gartenpartei
Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg

Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei im Stadtrat der Landeshaupt-
stadt Magdeburg, Alter Markt 6, 39104 Magdeburg

Stadtrat Chris Scheunchen

Haushaltspolitischer Sprecher

Rede zur Haushaltsdebatte am 07.12.15 - DS0137/15

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Werter Herr Vorsitzender, werte Stadträtinnen und Stadträte, werter Herr Oberbürgermeister, werte Gäste!

Zur Haushaltssitzung in diesem Jahr wird uns vom Oberbürgermeister und der Verwaltung ein nicht ausgeglichener Haushaltsentwurf für 2016 zur Debatte und Abstimmung dargelegt. In diesem Jahr sind es 17,4 Millionen Euro minus. Hört sich erst einmal viel an, ist im Vergleich zu dem, was ausgegeben werden müsste, beziehungsweise zu dem, was wir uns wünschen würden finanzieren zu können, dennoch gering. Und dass es wirklich bei den 17,4 Millionen Defizit bleibt, hängt von einer Menge Hoffen und Bangen ab. Hoffen und Bangen, dass das Geld von Land und Bund wirklich fließt, dass Land und Bund bestimmte Dinge besser ausfinanzieren, dass Fallzahlen und Berechnungen sich nicht gravierend verändern, dass Bauprojekte nicht unerwartet teurer werden. All diese Unsicherheitsfaktoren sind im vorliegenden Entwurf wenig bis gar nicht berücksichtigt. Deshalb betrachtet meine Fraktion diesen

Entwurf eher als "Haushaltsschätzung", denn als wirklichen Haushaltsplan.

Aber nicht alles an diesem Haushalt ist schlecht. So wird nicht wie in den vergangenen Jahren versucht, krampfhaft eine schwarze Null zu erreichen. Gut finden wir auch, dass der Finanzbeigeordnete Herr Zimmermann der Ansicht ist, mehr sparen ginge nicht. Diese Meinung teilen wir. Denn auch wir sind der Meinung, man solle Kommunen nicht totsparen. Doch genau das zum Beispiel tut unsere Landesregierung im Moment. Sparen, koste es was es wolle. Bildung kürzen, Kultur kürzen, dem ländlichen Raum die Infrastruktur kürzen und bei all dem gleichzeitig attraktiver werden wollen, weg vom "Rote-Laterne-Image", hin zu einem Bundesland in dem man gerne lebt. Wenn sie mich fragen, ziemlich schizophren diese Einstellung.

Und dann kommen auch noch von überall her diese Asylbewerber. Diese bösen Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, denen alles genommen wurde. Aber die kommen ja nur hier her, weil unser Sozialsystem so toll ist und jetzt kosten die auch noch so viel Geld. Also mal ernsthaft: Ja, die Unterbringung von Geflüchteten kostet Geld und ja, Geflüchtete bekommen ein Taschengeld. Aber würden sie mit weniger Geld als dem Hartz-4-Niveau in einem kleinen Raum mit mehreren Menschen leben wollen, mit Bekleidung, die ihnen von hilfsbereiten Menschen gespendet worden ist? Ist das der Traum? Und dann kommt noch unser Oberbürgermeister hinzu. Mit einer "Das Boot ist voll"-Rhetorik. Begreifen wir die Geflüchteten die hier her kommen, doch einfach mal als Chance und nicht immer als Übel. Die Kosten für die Unterbringung werden vom Land erstattet. Es wäre schön, wenn das Land so einsichtig wäre und den vom Innenministerium mit 8.600 Euro errechneten Bedarf auf den von der Landeshauptstadt Magdeburg

benötigten Bedarf in Höhe von 12.800 Euro pro Geflüchteten anpasst. Dann löst sich zumindest die Frage nach den Kosten der Unterbringung auf. Ein weiterer Kostenfaktor birgt allerdings Chancen in sich. Mehr Menschen in dieser Stadt, das bedeutet mehr Schulen, mehr Kitas, eine erhöhte Nachfrage an Kultur und Bildung und mehr Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Personennahverkehres. All dies zwingt die Stadt dazu, Geld in diese Bereiche zu stecken. Und genau diese Bereiche besser zu finanzieren, wünschen wir uns als Linke schon lange. Zumal diese Investitionen nicht nur Geflüchteten, sondern allen Menschen zu Gute kommen. Außerdem können die verschiedenen Kulturen dazu beitragen, dass sich die kulturelle Landschaft in Magdeburg verbreitert und völlig neue Kultureinrichtungen entstehen. Das wäre auch für eine Bewerbung als Kulturhauptstadt was. Magdeburg als weltoffene, multikulturelle Stadt. Dann könnte man zeigen, dass Willkommenskultur hier wirklich gelebt wird. Und ja, wir wissen dass der Haushalt schon jetzt dafür keinen Raum mehr bietet. Und auch in den kommenden Jahren werden die finanziellen Spielräume nicht größer. Aber wie soll man zu einer attraktiven Stadt in einem attraktiven Bundesland werden, wenn man nicht in die Zukunft investiert?

Wir sehen dennoch Spielräume und falsche Prioritätensetzungen in diesem Haushalt, die nicht zwangsläufig zur nachhaltigen Attraktivität der Landeshauptstadt beitragen. *Same procedure as every year* - ein erster Einsparungspunkt wäre für uns die Ottostadtkampagne. Bereits am Donnerstag haben wir darüber im Stadtrat gesprochen. Und unsere Fraktion ist weiterhin der Meinung: Nach so langer Zeit müsste sich doch eine erfolgreiche Dachmarkenkampagne selbst tragen. Der Bekanntheitsgrad müsste doch langsam mal dafür sorgen, dass die Mehreinnahmen der Stadt die Ausgaben für diese Kampagne

übersteigen. Dies ist offensichtlich nicht der Fall. Verwunderlich ist dies in keinem Fall, schließlich werden die Mittel der Kampagne für Veranstaltungen wie "Otto reitet" ausgegeben. Reine Lobbypolitik für den lokalen Rennverein, mehr sehen wir darin nicht. Überhaupt richtet sich diese Kampagne unseres Erachtens nach zu sehr nach innen, an die Bürgerinnen und Bürger der Stadt selbst, und zu wenig nach außen. Da kann es dann auch mit der Bekanntheit nichts werden. Und dann werden über die Kampagne auch noch andere teure Projekte mitfinanziert. So zum Beispiel über die neueste "Magdeburg lächelt dich an"--Kampagne, die für die Präsentation auf dem German Travel Mart gedacht sein soll. Warum wird sie nicht aus Mitteln des GTM-Budgets bestritten? Dessen Budget ist für uns ohnehin zu hoch. Zu großen Teilen besteht es daraus, Kosten für die Hotelunterbringung der Teilnehmenden zu tragen. Auch hier stellen wir wieder die Frage: Wie nachhaltig sind diese Ausgaben?

Aber neben zu hoch gegriffenen Ausgaben, gibt es für uns auch zu niedrig gegriffene Ausgaben. Nämlich im Bereich der Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee. Wir haben immer beklagt, dass die Ausgaben für den Bau des sogenannten City-Tunnels mittlerweile zu hoch geworden sind. Aber das ist in diesem Haushaltsentwurf geschickt hingerechnet worden. In diesem Jahr sind dafür 9,545 Millionen Euro eingeplant, dass sind lediglich 18,5 Prozent des gesamten Investitionsbudgets des Jahres 2016 von 51,55 Millionen. In den Jahren 2016 bis 2019 sind insgesamt rund 43 Millionen Euro für dieses Projekt eingeplant. Und in den Jahren danach kommt dann der ganze Rest? Sie wollen uns doch nicht ernsthaft weismachen, dass die Stadt mit diesem Projekt so günstig weg kommt. Dieses Projekt wird uns nachhaltig auf die Füße fallen und entweder dazu führen, dass wir die Investitionsausgaben der nächsten Jahre erhöhen müssen oder aber,

und das wollen wir nicht hoffen, andere Investitionsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können, weil wir das Geld für den Tunnel benötigen.

Um von dem weg zu kommen, was wir am vorliegenden Haushaltsentwurf kritisieren, möchte ich nun zu ein paar Dingen kommen, die wir uns im Haushalt gewünscht hätten und die wir mit Änderungsanträgen in den Entwurf bringen wollen. So wünschen wir uns anstelle ständiger Investitionen in den motorisierten Individualverkehr mehr Investitionen im Bereich des Radverkehrs. Wir würden die Mittel, die 2016 für die LED-Umrüstung des Magdeburger Rings eingestellt wurden, zunächst lieber in Radverkehrsinfrastrukturmaßnahmen investieren. Zumal uns auch unklar ist, warum diese Mittel eingestellt wurden. Es gab im letzten Jahr zwar eine Anfrage, wie viel die Umrüstung der Beleuchtung kosten würde, einen gültigen Beschluss, dass diese Umrüstung durchgeführt werden soll, konnten wir allerdings nicht finden. Ähnlich verhält es sich mit der Werkstraße. Die kostet nun plötzlich 288.000 Euro mehr. Eine große Summe, die einfach mal per Änderungsantrag des OB durchgestimmt wird. Andere Änderungsanträge mit deutlich niedrigeren Summen, wie beispielsweise die Erhöhung des GWA-Initiativfonds und damit die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements oder die Erhöhung des Budgets des Amtes für Gleichstellungsfragen, werden heute wahrscheinlich von der Mehrheit abgelehnt werden. Die Begründung dahinter wird vermutlich "Woher sollen wir das Geld denn nehmen" lauten. Aber die Mittel für eine Werkstraße, die hauptsächlich den dort ansässigen Unternehmen nützt, sind da. Solche Vorgänge verstehen wir langsam nicht mehr. Die Verwaltung kann gestalten, wie sie möchte. Die Stadträtinnen und Stadträte werden in ihrem Handeln und in ihren

Gestaltungsmöglichkeiten immer stärker beschränkt. Immer mit dem Dogma Haushaltskonsolidierung.

Apropos beschränkt werden. Einer der vorliegenden Änderungsanträge sind die Änderungen zum Stellenplan. 200 neue Stellen, die einfach mal so geschaffen werden. Gut, sie sind notwendig. Da sind wir uns einig. Aber wehe, die Stadträtinnen und Stadträte wünschen sich neue Stellen in bestimmten Bereichen. Und das sind nicht 200, das sind mal eine oder 2 Stellen. Dann wird vom Oberbürgermeister gleich festgestellt, dass die Festlegung, welche Stellen wo geschaffen werden, lediglich ihm obliege. Sich dieser Vorschläge damit komplett zu verschließen, sie geradezu konsequent zu ignorieren, zeugt aber unserer Meinung nach von einem ziemlich merkwürdigen Demokratie- und Mitbestimmungsverständnis des Oberbürgermeisters. Deshalb möchten wir an dieser Stelle noch einmal die Frage stellen: Haben wir als Stadträtinnen und Stadträte wirklich noch aktiven Einfluss auf die Ausgestaltung des städtischen Haushaltes oder sind wir nur noch als Erfüllungsgehilfe zur Absegnung der Vorschläge der Verwaltung hier?

Und nochmal zu dem Punkt: Woher soll das Geld kommen? Wir als Fraktion sind der Meinung, dass die Verwaltung zu selten ihre Möglichkeiten nutzt und oft Finanzierungsmöglichkeiten verstreichen lässt. Ein gutes Beispiel dafür sind die Mittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau, kurz KfW, die mit einer Sonderförderung Kommunen bei der Unterbringung von Geflüchteten unterstützt. Dabei werden zinslose Darlehen vergeben, die für den Neu- und Umbau, die Modernisierung sowie den Erwerb von Flüchtlingsunterkünften genutzt werden können. In der Stellungnahme des Finanzbeigeordneten Herr Zimmermann wurde deutlich, dass von Seiten der Stadt nicht gewünscht ist, diese

Mittel abzugreifen. Wir sind der Meinung, dass dies eine Fehlentscheidung ist.

Hier hätte es die Möglichkeit gegeben, Mittel zur Bestreitung einer Pflichtaufgabe zu generieren und damit Mittel zur Bestreitung neuer freiwilliger Aufgaben frei zu machen. Aber dann würde dem Finanzbeigeordneten die Grundlage für seine eigene Kritik fehlen. Es wird nämlich immer wieder beklagt, wie hoch die Ausgaben im Sozialbereich doch seien. 34,7 Prozent und damit etwas mehr als ein Drittel der Aufwendungen des Haushaltes sind Sozialaufwendungen. In Anbetracht dessen, dass fast alle dieser Aufwendungen Pflichtaufgaben der Kommune sind, lässt sich an diesen Aufgaben auch kaum mehr etwas einsparen. Die Kosten der Unterkunft, das KiföG und ein allgemeiner Anstieg der Sozialaufwendungen um ca. 25 % in den letzten Jahren stellen die Stadt definitiv vor eine große Herausforderung. Und gerade der Anstieg der Sozialaufwendungen um 25 % in den letzten 3 Jahren, zeigt doch, dass der Sozialbereich in Magdeburg seit Jahren unterfinanziert ist. So ist beispielsweise der Deckungskreis KiföG seit Jahren nicht gedeckt. Als Ausweg werden die freien Träger gewählt. Die Anforderungen an diese steigen stetig an, die wachsenden Aufgaben aber auch entsprechend zu finanzieren, bleibt aus. Was am Land kritisiert wird, wird in der eigenen Kommune praktiziert. Zum Jahresende bekommen wir dies zudem immer wieder aufgezeigt, überplanmäßige Aufwendungen im Sozialbereich müssen Jahr für Jahr von uns beschlossen werden. Doch statt sich diesem Problem anzunehmen und in den entsprechenden Bereichen von vornherein mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, scheint für die Stadt keine Lösung zu sein.

Stattdessen wird weitergemacht wie bisher. Auch um Geld für Mittel wie eine Ottokampagne, einen Citytunnel oder eine Werkstraße einstellen zu

können. Und dann kommt Herr Zimmermann mit seiner "Im Durchschnitt passt das schon"-Einstellung. Wir sind der Meinung: Im Durchschnitt passt hier gar nichts! Deshalb kann unsere Fraktion diesem Haushalt keine Zustimmung geben.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Chris Scheunchen

Haushaltspolit. Sprecher